



Datenschutz in den sozialen Medien aus privatrechtlicher Perspektive

Johannes Hager*, Universität München

Kurztext: Der Datenschutz in den sozialen Medien wirft eine Reihe von Problemen auf. Zum einen geht es um das Verhältnis des Datenschutzgesetzes zum Persönlichkeitsrecht; hier wird sich eine Kombinationslehre wie bei sonstigen besonderen Persönlichkeitsrechten – etwa dem Bildnisschutz – als überlegen erweisen. Die §§ 7 ff dTMG privilegieren die Provider in mehrfacher Hinsicht. Freilich bleibt deren Haftung oft unberührt. So kann der Content-Provider zur Verantwortung gezogen werden auch wenn er sich fremde Nachrichten nur zu eigen macht. Der Host-Provider haftet ab Kenntnis des rechtswidrigen Inhalts; auch treffen ihn eine Reihe von Prüfungspflichten. Entgegen der Auffassung des BGH ist er auch verpflichtet, den Namen des Content-Providers zu nennen. Schließlich kommt eine Haftung des Access-Providers in Betracht, wenn er die rechtswidrigen Inhalte wissentlich weiterleitet. Entgegen der Auffassung des EuGH besteht ein Gerichtsstand überall dort, wo sich die unerlaubte Handlung – die Verletzung des Persönlichkeitsrechts – verwirklicht; sie ist nicht auf den Tatort und den Ort beschränkt, an dem sich das Opfer befindet.

Schlagworte: Datenschutz, Persönlichkeitsrecht, Gerichtsstand, Access-Provider, Content-Provider, Host-Provider.

I. Einleitung

Die sozialen Netzwerke haben in den letzten Jahren eine ungeahnte Entwicklung genommen. Im 4. Quartal 2016 hatte Facebook nach eigenen Angaben 1,86 Mrd Nutzer; einen belastbaren Beleg dafür gibt es allerdings nicht.¹ Entsprechend groß ist auch das Potenzial der Schädigungsmöglichkeit der Mitglieder. Ein Beispiel ist der Fall des syrischen Flüchtlings Anas *Modamani*, der – bekannt geworden durch das Foto mit der Kanzlerin Angela *Merkel* – sich in Facebook der Kampagne ausgesetzt sieht, er habe an schwersten Straftaten mitgewirkt, wie etwa dem Terroranschlag in Brüssel.² Die Verteidigung von Facebook ist eher matt. Es sei schwierig, die Löschung vorzunehmen; ein Argument, das angesichts eines Nettoertrags – nach Steuern – von 10,217 Mrd Dollar³ doch etwas verwundert. Das zweite Argument wirkt noch erstaunlicher. Man verfüge nicht über die spezielle Software, die das abermalige Hochladen bereits vorhandener verleumde-

* Prof. Dr. Johannes Hager ist Universitätsprofessor an der Universität München (seit Ende März 2017 ist er pensioniert).

1 Die Zahl stammt aus dem Jahresbericht von Facebook von 2016.

2 Vgl den Sachverhalt bei LG Würzburg 11 O 2338/16 UVR BeckRS 2017, 103822.

3 Die Zahl stammt aus dem Jahresbericht von Facebook von 2016.

rischer Bilder automatisch blockiere. Das LG Würzburg hat den Erlass einer einstweiligen Verfügung abgelehnt, da nicht sicher beurteilt werden könne, ob die beantragte Sperre technisch machbar sei.⁴

II. Das Verhältnis von Datenschutz und Persönlichkeitsschutz

A. Damit stellt sich die Frage nach dem Verhältnis von Datenschutz und Persönlichkeitsrecht. Der Begriff des Datums wird weit gefasst; er enthält alle Informationen, die über eine Person etwas aussagen oder mit ihr in Verbindung zu bringen sind, auch Meinungsäußerungen und Tatsachenmitteilungen.⁵ Insofern besteht im Schutzzumfang kein Unterschied. Die frühere Rsp und hM gingen von einem Vorrang des Bundesdatenschutzgesetzes vor dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht aus.⁶ Begründet wurde das mit der vermeintlichen Subsidiarität des Persönlichkeitsrechts; angesichts der Regelung des dBDSG⁷ liege dann keine Lücke vor.⁸

Nur gelegentlich hat man weitergehende Rechtsbehelfe, etwa einen Widerruf, für möglich erachtet.⁹ Das war schon damals wenig überzeugend. Weil und soweit sich das Persönlichkeitsrecht auf grundrechtliche Garantien stützen kann, ist es nicht möglich, die kodifizierte Gewährleistung im dBDSG für abschließend zu halten. Das zeigt auch exemplarisch ein Fall, den der BGH zu entscheiden hat. Der Kläger hatte nach § 807 dZPO aF (= § 802 f dZPO nF) die eidesstattliche Versicherung abgegeben. Darüber hatte die beklagte Auskunftgeberin berichtet. Der BGH hielt das nach § 32 dBDSGaF (= § 29 Abs 1 Z 1 dBDSG nF¹⁰) für zulässig.¹¹ Gesetzt den Fall, das hätte den grundgesetzlichen Vorgaben widersprochen, so hätte der Subsidiaritätsgedanke nicht einschlägig sein können, weil er Art 1 Abs 3 dGG und der Hierarchie der Normen widersprochen hätte. Vieles im dBDSG wirkt auch eher zufällig. Mag das Datenschutzrecht seinerseits auch bahnbrechend gewesen sein, so erscheint die Regelung der Übermittlung nach § 29 Abs 2 dBDSG heute doch etwas holzschnittartig, liest man nicht die im Rahmen des Persönlichkeitsrechts entwickelten Abwägungskriterien mit hinein. So bedarf es entgegen dem Wortlaut gerade nicht der glaubhaften einzelfallbezogenen Darlegung des berechtigten Interesses am Abruf der Dateien.¹² Die Normen des dBDSG sind daher auch angesichts des Schutzes der Meinungsfreiheit verfassungskonform auszulegen.¹³

4 LG Würzburg 11 O 2338/16 UVR BeckRS 2017, 103822.

5 BGH VI ZR 196/08 BGHZ 181, 328 (333) Rz 17; *Dammann* in *Simitis* (Hrsg), Bundesdatenschutzgesetz⁸ (2014) § 3 Rz 77 ff; *Taege* in *Taege/Gabel* (Hrsg), Kommentar zum BDSG² (2013) § 29 Rz 26.

6 BGH VI ZR 273/79 BGHZ 80, 311 (319) = NJW 1981, 1738 (1740); VI ZR 105/82 BGHZ 91, 233 (238); VI ZR 244/84 NJW 1986, 2505 (2507); OLG Düsseldorf I 10 U 69/06 MMR 2007, 387; *Kamlah* in *Plath* (Hrsg), Kommentar zum BDSG und zur DSGVO sowie den Datenschutzbestimmungen vom TMG und TKG² (2016) § 35 BDSG Rz 57; *Gola* in *Gola/Schomerus/Klug/Körffner* (Hrsg), BDSG¹² (2015) § 35 Rz 25; *Meents/Hinzpeter* in *Taege/Gabel*, BDSG² § 35 Rz 6; *Däubler* in *Däubler/Klebe/Wedde/Weichert* (Hrsg), Bundesdatenschutzgesetz⁵ (2016) § 32 Rz 41; *Dix* in *Simitis*, Bundesdatenschutzgesetz⁸ § 35 Rz 71; wohl auch *Stollhoff* in *Auernhammer* (Hrsg), Bundesdatenschutzgesetz⁴ (2014) § 35 Rz 11; offen gelassen in BGH VI ZR 105/82 NJW 1984, 1886 f.

7 Bundesdatenschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. 1. 2013 (dBGBl I 2013, 66), zuletzt geändert durch Art 1 des Gesetzes vom 28. 4. 2017 (dBGBl I 2017, 968).

8 BGH VI ZR 273/79 BGHZ 80, 311 (319) = NJW 1981, 1738 (1740); VI ZR 105/82 BGHZ 91, 233 (238); III ZR 159/82 NJW 1984, 436; *Kamlah* in *Plath*, BDSG² § 35 BDSG Rz 57.

9 *Brink* in *Wolff/Brink* (Hrsg), BeckOK Datenschutzrecht § 35 Rz 6 f (Stand 1. 2. 2017).

10 Bundesdatenschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. 1. 2013 (dBGBl I 2013, 66), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 28. 4. 2017 (dBGBl I 2017, 968).

11 BGH VI ZR 244/84 NJW 1986, 2505 (2506).

12 BGH VI ZR 358/13 BGHZ 202, 242 (258) Rz 45.

13 BGH VI ZR 196/08 BGHZ 181, 328 (343 f) Rz 41.

B. Stillschweigend hat sich auch die Rsp vom Subsidiaritätsdogma verabschiedet.

1. In der Entscheidung www.spickmich.de stellt zwar der BGH den Lösungsanspruch nach § 35 dBDSG in den Mittelpunkt.¹⁴ Letztendlich mündet die Überprüfung in der aus dem klassischen Persönlichkeitsrecht bekannten Abwägung zwischen Art 1, 2 dGG auf der einen und Art 5 dGG auf der anderen Seite.¹⁵ Dabei geht es um die betroffene Sphäre,¹⁶ um die Abgrenzung zwischen der Meinungsäußerung und der Tatsachenbehauptung¹⁷ und schließlich um das Vorliegen einer Formalbeleidigung oder Schmähkritik,¹⁸ also um Kategorien die beim allgemeinen Persönlichkeitsrecht die zentrale Rolle spielen. Auch in der Entscheidung „Ärzte-Portal II“ beginnt die Prüfung mit § 35 dBDSG¹⁹ und § 29 dBDSG,²⁰ wendet sich dann aber sehr schnell der Untersuchung anhand des allgemeinen Persönlichkeitsrechts zu.²¹ Demgemäß ist § 29 Abs 2 Satz 1 dBDSG verfassungskonform dahin gehend auszulegen, dass die Zulässigkeit der Übermittlung der Daten an den abfragenden Nutzer aufgrund einer Gesamtabwägung zwischen dem Persönlichkeitsrecht des Betroffenen und dem Informationsinteresse des anderen Teils beurteilt werden muss.²² Dabei soll es sogar einer einzelfallbezogenen Darlegung des berechtigten Interesses nicht bedürfen.²³ In der Entscheidung „Ärzte-Portal III“ beschränkt sich der BGH nunmehr aber auf die Prüfung, ob das Persönlichkeitsrecht des kritisierten Arztes verletzt sei,²⁴ ohne das dBDSG noch zu erwähnen.

2. Auch das BAG (Bundesarbeitsgericht) räumt der grundrechtlichen Prüfung den Vorrang ein. Ob die §§ 6b, 32 dBDSG die Verwertung einer heimlichen Videoaufzeichnung zur Stützung der Kündigung eines Arbeitsverhältnisses erlaubten, könne offenbleiben. Denn jedenfalls ergebe sich das Verwertungsverbot aus dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht des Arbeitnehmers, soweit nicht überwiegende Beweisinteressen des Arbeitgebers eingriffen.²⁵ Sei die Verwertung dagegen zulässig, stehe auch das Kennzeichnungsgebot des § 6b Abs 2 dBDSG nicht entgegen;²⁶ die Form sei verfassungskonform zu interpretieren.²⁷ Das umgekehrte Verständnis begegnete im Hinblick auf die durch Art 12 Abs 1 und Art 14 Abs 1 dGG gesicherten Interessen des Arbeitgebers verfassungsrechtlichen Bedenken.²⁸

C. Damit stellt sich das Verhältnis zwischen dem dBDSG und dem Persönlichkeitsrecht nach den üblichen Regeln dar. Der Schutz des dBDSG ist nicht abschließend. Insbesondere kann auch jeweils des § 7 Abs 1 Satz 1 dBDSG und § 8 Abs 2 dBDSG eine Entschädigung wegen immaterieller Beeinträchtigung geschuldet sein, ohne dass es darauf ankommt, ob und inwieweit die Normen

14 BGH VI ZR 196/08 BGHZ 181, 328 (333) Rz 16 ff.

15 BGH VI ZR 196/08 BGHZ 181, 328 (338 ff) Rz 29 ff.

16 BGH VI ZR 196/08 BGHZ 181, 328 (338 f) Rz 30.

17 BGH VI ZR 196/08 BGHZ 181, 328 (339 f) Rz 33.

18 BGH VI ZR 196/08 BGHZ 181, 328 (340) Rz 34.

19 BGH VI ZR 358/13 BGHZ 202, 242 (245 f) Rz 11 ff.

20 BGH VI ZR 358/13 BGHZ 202, 242 (246 ff) Rz 14 ff.

21 BGH VI ZR 358/13 BGHZ 202, 242 (250 ff) Rz 25 ff.

22 BGH VI ZR 358/13 BGHZ 202, 242 (258) Rz 45.

23 BGH VI ZR 358/13 BGHZ 202, 242 (258) Rz 45.

24 BGH VI ZR 34/15 BGHZ 209, 139 (145) Rz 15 ff.

25 BAG 2 AZR 797/11 BAGE 146, 303 (315) Rz 42.

26 BAG 2 AZR 797/11 BAGE 146, 303 (319) Rz 51; BAG 2 AZR 848/15 NJW 2017, 843 (846) Rz 38.

27 BAG 2 AZR 1537/11 BAGE 142, 176, 187 Rz 41.

28 BAG 2 AZR 797/11 BAGE 146, 303 (319) Rz 51.

des dBDStG Schutzgesetzes iSd § 823 Abs 2 dBGB sind.²⁹ Dies deutet dann auch die Rsp in einem Fall an, in dem ein Krankengutachten einer inzwischen verstorbenen Patientin persönlichkeitswidrig von der Krankenkasse in weiteren Verfahren verwendet worden war. Der Anspruch wurde abgelehnt, weil Forderungen wegen immaterieller Beeinträchtigungen nicht vererblich seien. Das überzeugt indes genauso wenig wie im vorangegangenen Fall des verstorbenen Entertainers Peter Alexander, der kurz nach Anhängigkeit, aber vor Rechtshängigkeit der Klage verstorben war und dessen Ansprüche angeblich mit seinem Tod erloschen waren.³⁰ Das dBDStG bringt also – durchaus wichtige – Aspekte, wird aber von den allgemeinen verfassungsrechtlich vorgeprägten oder gar determinierten Regeln des Persönlichkeitsrechts überformt oder jedenfalls ergänzt. Es kommt also zu einer Verschränkung der speziellen Regelungen des dBDStG und des Persönlichkeitsrechts – nicht anders als es etwa beim KUG und dem Persönlichkeitsrecht der Fall ist.³¹

III. Das Privileg der §§ 7 ff dTMG³²

Die §§ 7 ff dTMG erscheinen auf den ersten Blick die Diensteanbieter zu privilegieren, soweit es nicht um eigene Informationen geht. Allerdings findet das Haftungsprivileg keine Anwendung auf Unterlassungsansprüche,³³ sondern betreffe nur die strafrechtliche Verantwortlichkeit und die Schadensersatzhaftung.³⁴

A. Die Content-Provider sind jedenfalls verantwortlich. Das ist zumindest dann naheliegend, wenn es um selbst verfasste Informationen geht. Auch ist der Anwendungsbereich weiter, als es auf den ersten Blick erscheinen mag. Nicht jede zunächst von anderen in die Welt gesetzte Information bleibt eine fremde Information. Vielmehr spielt es eine entscheidende Rolle, wie die Nachrichten präsentiert werden.

1. Ein Paradebeispiel ist die Autocomplete-Funktion bei Suchmaschinen. Wenn man einen Begriff einzugeben beginnt, werden automatisch Ergänzungen vorgeschlagen. Die Betreiber der Suchmaschinen hatten sich mit dem Hinweis zu verteidigen versucht, die Funktion berichte nur darüber, dass vorherige Benutzer diese Kombination zur Recherche eingegeben hätten, oder

29 Vgl dazu den Überblick bei J. Hager in Staudinger (Hrsg), BGB (2009) § 823 Rz G 44; Wagner in Säcker/Rixecker/Oetker/Limberg (Hrsg), Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch⁷ VI (2017) § 823 Rz 326; Spickhoff in Soergel (Hrsg), Kommentar zum BGB¹³ XII (2005) § 823 Rz 239; Gola in Gola/Schomerus/Klug/Körffner (Hrsg), BDSG¹² (2015) § 1 Rz 3.

30 BGH VI ZR 246/12 BGHZ 201, 45 (48 ff) Rz 8 ff; Teichmann in Jauernig (Hrsg), BGB¹⁶ (2015) § 253 Rz 13; Stürner in Jauernig (Hrsg), BGB¹⁶ (2015) § 1922 Rz 12; Staudinger in Schulze et al (Hrsg) Bürgerliches Gesetzbuch⁹ (2017) § 823 Rz 112; Weidlich in Palandt (Hrsg), BGB⁷⁶ (2017) § 1922 Rz 36; Bamberger in Bamberger/Roth (Hrsg), BeckOK-BGB (Stand 1. 2. 2017) § 823 Rz 118; Leipold in Säcker/Rixecker/Oetker/Limberg (Hrsg), Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch⁷ X § 1922 Rz 120; Slizyk in Slizyk (Hrsg), IMM-DAT-Kommentar¹³ (2017) Rz 465; Staender-Vorwachs, Vererblichkeit eines Geldentschädigungsanspruchs wegen Persönlichkeitsverletzung, NJW 2014, 2831 (2833); aA J. Hager, Allgemeines Persönlichkeitsrecht, JA 2014, 627 (629); Kunz in Staudinger (Hrsg), BGB (2016) § 1922 Rz 311 ff; BGH VI ZR 246/12 LMK 2014, 359158 unter 2 aE = ZUM 2014, 706 f (Ludyga) = JZ 2014, 1053 (1058 f) (C. Schubert); Beuthien, Zur Unvererblichkeit des Anspruchs auf Geldentschädigung für Persönlichkeitsrechtsverletzung, GRUR 2014, 957 (958); Muscheler, 10 Jahre Erbrecht – Rückblick und Ausblick, ErbR 2015, 650 (661).

31 J. Hager in Staudinger (Hrsg), BGB (2017) § 823 Rz C 149.

32 Telemediengesetz vom 26. 2. 2007 (BGBl I 2007, 179), zuletzt geändert durch Art 1 des Gesetzes vom 21. 7. 2016 (BGBl I 2007, 1766).

33 BGH I ZR 304/01 BGHZ 158, 236 (246); I ZR 35/04 BGHZ 172, 119 (126) Rz 19; VI ZR 93/10 BGHZ 191, 219 (225) Rz 19; VI ZR 34/15 BGHZ 209, 139 (146 f) Rz 19; VI ZR 101/06 NJW 2007, 2558 f Rz 7; VI ZR 144/11 NJW 2012, 2345 Rz 9; VI ZR 210/08 NJW-RR 2009, 1413 (1414) Rz 17; VI ZR 345/09 GRUR 2011, 552 (553) Rz 26; J. Hager in Staudinger, BGB (2017) § 823 Rz C 62b.

34 BGH I ZR 35/04 BGHZ 172, 119 (126) Rz 19; VI ZR 93/10 BGHZ 191, 219 (225) Rz 19; VI ZR 101/06 NJW 2007, 2558 (2559) Rz 7; J. Hager in Staudinger, BGB (2017) § 823 Rz C 62b.

dass sich diese Informationen in verlinkten Drittinhalten jeweils auffinden ließen.³⁵ Dem ist der BGH nicht gefolgt. Denn eine Suchmaschine leite nicht nur fremde Informationen durch oder speichere sie, sondern biete eigene Inhalte an; das sei eben das Ergebnis des Autocomplete-Hilfsprogramms.³⁶ Allerdings treffe den Betreiber erst dann eine Prüfpflicht, wenn er Kenntnis von der Verletzung habe.³⁷ Insofern ist das Problem mit demjenigen des Host-Providers identisch.³⁸ Eigene Inhalte liegen nicht nur dann vor, wenn sie selbst verfasst sind; es genügt auch, wenn der Betreffende sie sich zu eigen macht.³⁹

2. Je nach Sachlage kann auch das Setzen eines Hyperlinks als Verletzungshandlung aufzufassen sein, wenn sich der Handelnde damit die Aussage zu eigen macht.⁴⁰ Hier kommt es dann entscheidend auf die Verletzung einer Verkehrspflicht an.⁴¹

3. Bei Snippets – also kurzen Inhaltsangaben – ist die Lage zwar heftig umstritten.⁴² Doch kann letztendlich nichts anderes gelten als bei der Autocomplete-Funktion; auch hier generiert der Provider durch den Einsatz seiner Maschine erst den Inhalt der Mitteilung.

4. Einer besonderen Betrachtung bedürfen Internetarchive. Ein Beispiel ist der Bericht über den Mord an einem bekannten Münchner Schauspieler im Jahre 1990 und über die folgenden Prozesse gegen seine Mörder. Hier die Information löschen zu müssen würde die Archivfunktion des Internets – in der es durchaus vergleichbar mit Printmedien ist – gefährden.⁴³ Das entscheidende Kriterium ist, ob die Suche offen gehalten werden soll oder ob speziell auf die Information hingeführt wird.⁴⁴

B. Sehr problematisch ist die Haftung des Host-Providers. Er vermittelt nur die Informationen anderer. Hierher kann in Sonderfällen auch die Denic gehören, soweit bereits in der Verwendung eines konkreten Namens eine Verletzung bestehen kann. Eine genaue Abgrenzung ist hier nicht nötig.⁴⁵ Diese Vermittler stellen zunächst ja nur den Speicherplatz bzw den Zugang zur Verfügung und scheinen nach § 10 dTMG privilegiert zu sein. Doch täuscht dieser erste Eindruck. Er täuscht

35 So auch die Beurteilung durch das OLG Köln 15 U 199/11 GRUR-RR 2012, 486 (489) als Vorinstanz zu BGH VI ZR 269/12 BGHZ 197, 213; Bericht bei BGH VI ZR 269/12 BGHZ 197, 213 (215 f) Rz 4.

36 BGH VI ZR 269/12 BGHZ 197, 213 (220) Rz 20; J. Hager in Staudinger, BGB (2017) § 823 Rz C 62c; Söder in Bamberger/Roth (Hrsg), BeckOK-BGB § 823 Rz 27 (Stand 1. 2. 2017); aA Vorinstanz OLG Köln I-15 U 199/11 ZUM 2012, 987 (991).

37 BGH VI ZR 269/12 BGHZ 197, 213 (224) Rz 30.

38 Vgl unten III.B.2. und 3.

39 BGH I ZR 166/07 NJW-RR 2010, 1276 (1278) Rz 22 f.

40 BGH I ZR 74/14 BGHZ 206, 103 (105 f) Rz 13; I ZR 102/05 NJW 2008, 1882 (1883 f) Rz 20; I ZR 166/07 NJW-RR 2010, 1276 (1278) Rz 22; OGH 4 Ob 274/00y MMR 2001, 518 (520).

41 J. Hager in Staudinger, BGB (2017) § 823 Rz C 62g.

42 Für Haftung KG 9 W 196/09 ZUM-RD 2010, 224 (225); LG Mönchengladbach 10 O 170/12 ZUM-RD 2014, 46 (48); LG Hamburg 324 O 660/12 NJW 2015, 796 (800); J. Hager, Das Persönlichkeitsrecht im europäischen, österreichischem und deutschem Recht, JBl 2013, 273 (282 f); eine Haftung ablehnend OLG Stuttgart 4 U 109/08 MMR 2009, 190; OLG Hamburg 7 U 70/09 MMR 2010, 490 (491); OLG München 29 U 1747/11 ZUM-RD 2012, 344 (346); KG 10 U 59/11 MMR 2012, 129.

43 BGH IV ZR 227/08 BGHZ 183, 353 (361 f) Rz 20; BGH VI ZR 243/08 NJW 2010, 2432 (2435) Rz 23; VI ZR 245/08 NJW 2010, 2728 (2730) Rz 21, 31; VI ZR 345/09 NJW 2011, 2285 (2288) Rz 21; VI ZR 217/08 NJW 2012, 2197 (2200) Rz 40; VI ZR 4/12 NJW 2013, 229 (230) Rz 15; VI ZR 330/11 GRUR 2013, 200 (201) Rz 17; J. Hager in Staudinger, BGB (2017) § 823 Rz C 226a.

44 EuGH 13. 5. 2014, C-131/12, Google Spain Rz 98 f; BGH IV ZR 227/08 BGHZ 183, 353 (361 f) Rz 20; VI ZR 245/08 NJW 2010, 2728 (2730) Rz 21, 31; VI ZR 345/09 NJW 2011, 2285 (2288) Rz 21; VI ZR 217/08 NJW 2012, 2197 (2200) Rz 44; VI ZR 330/11 GRUR 2013, 200 (201) Rz 18; J. Hager in Staudinger, BGB (2017) § 823 Rz C 226a.

45 Seitz in Hoeren/Sieber/Holznapel (Hrsg), Multimedia-Recht (2016) VIII Rz 12.

schon deshalb, weil die Norm nicht die Störerhaftung regelt,⁴⁶ sondern nur die strafrechtliche Verantwortung und die Schadensersatzpflicht des Diensteanbieters.⁴⁷

1. Allerdings war die deutsche Rsp am Anfang sehr zurückhaltend was den Begriff des Störers angeht. Bei einer markenrechtlichen Entscheidung betont der BGH, dass es der Beklagten – in diesem Fall der Denic – nur dann zumutbar sei, die Registrierung eines Domain-Namens abzulehnen oder sie aufzuheben, wenn unschwer zu erkennen sei, dass die Nutzung dieses Namens Rechte Dritter beeinträchtigt.⁴⁸ Generell sei die sinnvolle Nutzung der unübersehbaren Informationsfülle des Internets ohne Suchdienste praktisch ausgeschlossen.⁴⁹ Auch hier haben sich die Maßstäbe geändert. Der Host-Provider ist verantwortlich, sobald er Kenntnis von der Rechtsverletzung hat.⁵⁰ Eine derartige Kenntnis folgt regelmäßig aus der Beanstandung eines Betroffenen.⁵¹ Der Betreiber eines Internetforums ist Herr des Angebots; der Betroffene kann Löschungs- und Unterlassungsansprüche auch gegen ihn richten.⁵²

2. Der Störerbegriff wird dabei von den verschiedenen Senaten des BGH recht uneinheitlich definiert, ohne dass es in der Sache zu großen Differenzen kommt. Der I. Senat behandelt denjenigen als Störer, der – ohne Täter oder Teilnehmer zu sein – in irgendeiner Weise willentlich und adäquat kausal zur Verletzung des geschützten Rechtsguts beiträgt.⁵³ Der VI. Senat bezeichnet als Störer, wer die Störung willentlich und adäquat kausal verursacht.⁵⁴ Dabei genügt auch die Unterstützung oder die Ausnutzung der Handlung eines eigenverantwortlichen Dritten, sofern der in Anspruch Genommene die rechtliche Möglichkeit zur Verhinderung dieser Handlung hatte.⁵⁵ Der V. Senat fordert, dass die Störung zumindest mittelbar auf den Eigentümer oder Besitzer der störenden Sache zurückgeht.⁵⁶ Sieht man näher zu, so geht es nicht um den Begriff des Störers; in Rede steht vielmehr die Täterschaft. Wer weiß, dass er stört, handelt mit Vorsatz und ist deswegen nicht nur zum Unterlassen, sondern ab dem Zeitpunkt der Kenntnis auch zum Schadensersatz verpflichtet.

3. Damit sind die Pflichten des Host-Providers nicht abschließend beschrieben. Den Betreiber können zusätzliche Prüfpflichten treffen.⁵⁷ Diese Prüfpflichten sind unterschiedlich zu beschreiben; sie hängen ab vom Gewicht der angezeigten Rechtsverletzung sowie von den Erkenntnis

46 BGH I ZR 304/01 BGHZ 158, 236 (248); VI ZR 196/08 BGHZ 181, 328 (332) Rz 14; VI ZR 101/06 NJW 2007, 2558.

47 BGH VI ZR 196/08 BGHZ 181, 328 (332) Rz 14; VI ZR 101/06 NJW 2007, 2558 (2559).

48 BGH I ZR 251/99 BGHZ 148, 13 (18); I ZR 120/96 GRUR 1999, 418 (419); OGH 4 Ob 166/00 GRUR-Int 2001, 790 (792); 4 Ob 194/05s GRUR-Int 2006, 955 (956): „Auch für einen juristischen Laien ohne weitere Nachforschungen offenkundig“.

49 BGH I ZR 259/00 BGHZ 156, 1 (18 f).

50 BGH I ZR 304/01 BGHZ 158, 236 (251 f); I ZR 18/04 BGHZ 173, 188 (203) Rz 47; I ZR 57/09 BGHZ 191, 19 (26) Rz 21; VI ZR 93/10 BGHZ 191, 219 (226) Rz 24; VI ZR 34/15 BGHZ 209, 139 (148) Rz 23.

51 BGH VI ZR 93/10 BGHZ 191, 219 (227 f) Rz 22; VI ZR 34/15 BGHZ 209, 139 (148) Rz 23.

52 BGH VI ZR 196/08 BGHZ 181, 328 (332) Rz 14.

53 BGH I ZR 304/01 BGHZ 158, 236 (251) (unter Berufung auf BGH I ZR 251/99 BGHZ 148, 13 (17)); I ZR 121/08 BGHZ 185, 330 (335) Rz 19; I ZR 57/09 BGHZ 191, 19 (24) Rz 20; I ZR 174/14 BGHZ 208, 82 (91) Rz 21; I ZR 80/12 NJW 2013, 3245 (3247) Rz 30; I ZR 22/99 NJW-RR 2002, 832 (833).

54 BGH VI ZR 93/10 BGHZ 191, 219 (225) Rz 21 f; VI ZR 269/12 BGHZ 197, 213 (222) Rz 24; VI ZR 340/14 BGHZ 206, 289 (301) Rz 34; VI ZR 34/15 BGHZ 209, 139 (147) Rz 22; VI ZR 373/02 NJW 2004, 762 (765).

55 BGH VI ZR 269/12 BGHZ 197, 213 (222) Rz 24; VI ZR 340/14 BGHZ 206, 289 (301) Rz 34.

56 BGH V ZR 44/10 NJW 2011, 753 (754) Rz 13.

57 BGH I ZR 317/01 BGHZ 158, 343 (352 ff); I ZR 121/08 BGHZ 185, 330 (336) Rz 19; VI ZR 93/10 BGHZ 191, 219 (226) Rz 21; I ZR 18/11 BGHZ 194, 339 (345) Rz 19; I ZR 174/14 BGHZ 208, 82 (91) Rz 21; VI ZR 34/15 BGHZ 209, 139 (153) Rz 38; I ZR 124/03 NJW 2006, 2764 (2766) Rz 32; I ZR 80/12 NJW 2013, 3245 (3247) Rz 70; I ZR 73/05 NJW-RR 2008, 1138 (1139) Rz 50; I ZR 155/09 GRUR 2011, 617 (619) Rz 37.

möglichkeiten des Providers.⁵⁸ Zu berücksichtigen sind die Zumutbarkeit,⁵⁹ Funktion und Aufgabenstellung des vom Provider betriebenen Dienstes und die Eigenverantwortung des Nutzers.⁶⁰ Damit wird allerdings auf Verschulden abgestellt und nicht auf die bloße Störung. Es geht dann um die Verkehrspflicht zum Schutz der fremden Persönlichkeit,⁶¹ wie sie etwa aus der Recherchepflicht der Presse bekannt ist.⁶² Der Portalbetreiber muss ernsthaft versuchen, sich die notwendige Tatsachengrundlage zu verschaffen.⁶³

4. Ein besonderes Problem stellt die Nennung des Täters dar. In Österreich treten allerdings wegen § 18 Abs 4 ECG in dieser Hinsicht keine Fragen auf. Der Betroffene hat unter den dort genannten Voraussetzungen ein Recht auf Auskunft.

a. Der BGH hat dagegen für das deutsche Recht wegen § 12 Abs 2 dTMG ein Recht des Verletzten verneint, den Namen des Täters genannt zu bekommen. Eine Verwendung von Daten liege auch bei einer Übermittlung an Dritte vor.⁶⁴ Die Herbeiführung des geschuldeten Erfolgs – die Auskunft – sei angesichts von § 12 Abs 2 dTMG unmöglich. Es fehle an einer Rechtsvorschrift, die dies erlaube, ebenso natürlich an der Einwilligung des Autors.⁶⁵ § 242 dBGB enthalte keine Erlaubnis iSd § 12 Abs 2 dTMG.⁶⁶ Auch § 14 Abs 2 dTMG greife nicht ein, da die dort genannten Zwecke nicht einschlägig seien.⁶⁷ Auch eine Analogie zu den § 14 Abs 2, § 15 Abs 5 Satz 4 dTMG scheide mangels einer Lücke aus.⁶⁸ Man mag so entscheiden, wenn die Inhalte rechtmäßig sind und deshalb ohnehin keine Ansprüche gegen den Autor in Frage kommen.⁶⁹

b. Anders liegt es dagegen, wenn eine Rechtsverletzung gegeben ist.⁷⁰ Denn der Schutz der Persönlichkeit ist verfassungsrechtlich gefordert.⁷¹ Daran kann das dTMG als Norm des einfachen Rechts nichts ändern. So ist schon unklar, warum die Möglichkeit, vom Host-Provider Abhilfe verlangen zu können,⁷² den Anspruch gegen den Täter ausschließen soll. Auch ist nicht einzusehen, warum die anonyme Nutzung im Internet stets zulässig⁷³ oder ihm gar immanent sein soll.⁷⁴ Die Lage ist vielmehr geradewegs umgekehrt. Neben dem Autor können weitere Personen als Störer zur Unterlassung verpflichtet sein, so der Verleger,⁷⁵ die Sendeanstalt,⁷⁶ der Redakteur⁷⁷

58 BGH VI ZR 93/10 BGHZ 191, 219 (226 f) Rz 22 und Rz 26; VI ZR 34/15 BGHZ 209, 139 (153) Rz 38.

59 BGH I ZR 251/99 BGHZ 148, 13 (17); I ZR 304/01 BGHZ 158, 236 (251); I ZR 317/01 BGHZ 158, 343 (350); I ZR 57/09 BGHZ 191, 19 (25) Rz 20; VI ZR 93/10 BGHZ 191, 219 (226) Rz 22; VI ZR 210/08 NJW-RR 2009, 1413 (1414) Rz 18.

60 BGH I ZR 304/01 BGHZ 158, 236 (251 f); VI ZR 93/10 BGHZ 191, 219 (226) Rz 22; I ZR 169/12 BGHZ 200, 76 (82) Rz 22; VI ZR 34/15 BGHZ 209, 139 (153) Rz 38; VI ZR 210/08 NJW-RR 2009, 1413 (1415) Rz 18; I ZR 240/12 GRUR 2015, 485 (490) Rz 50.

61 J. Hager in Staudinger, BGB (2017) § 823 Rz C 110.

62 J. Hager in Staudinger, BGB (2017) § 823 Rz C 112.

63 BGH VI ZR 34/15 BGHZ 209, 139 (155) Rz 42.

64 BGH VI ZR 345/13 BGHZ 201, 380 (383 f) Rz 9 ff; VI ZR 358/13 BGHZ 202, 242 (254 f) Rz 36 f; Giebel, Zivilrechtlicher Rechtsschutz gegen Cybermobbing in sozialen Netzwerken, NJW 2017, 977; anders noch BGH VI ZR 105/82 BGHZ 91, 233 (241); aA Seitz in Hoeren/Sieber/Holzner (Hrsg), Multimedia-Recht (2012) VIII Rz 72.

65 BGH VI ZR 345/13 BGHZ 201, 380 (383 f) Rz 10.

66 BGH VI ZR 345/13 BGHZ 201, 380 (384) Rz 11.

67 BGH VI ZR 345/13 BGHZ 201, 380 (384 f) Rz 12.

68 BGH VI ZR 345/13 BGHZ 201, 380 (385) Rz 13 ff.

69 So lag es nach Meinung des BGH VI ZR 196/08 BGHZ 181, 328 (338 ff) Rz 30 ff.

70 Sie kam im Fall BGH VI ZR 34/15 BGHZ 209, 139 (250 ff) Rz 29 ff in Betracht.

71 BGH VI ZR 34/15 BGHZ 209, 139 (150 ff) Rz 29 ff.

72 So BGH VI ZR 196/08 BGHZ 181, 328 (341) Rz 38; VI ZR 358/13 BGHZ 202, 242 (254) Rz 36.

73 BGH VI ZR 34/15 BGHZ 209, 139 (153) Rz 38.

74 So aber BGH VI ZR 358/13 BGHZ 202, 242 (256) Rz 41.

75 BGH I ZR 8/51 BGHZ 3, 270 (275 f); I ZR 38/53 BGHZ 14, 163 (174); VI ZR 101/06 NJW 2007, 2558 (2559) Rz 13.

76 BGH VI ZR 246/74 BGHZ 66, 182 (188); VI ZR 101/06 NJW 2007, 2558 (2559) Rz 13.

77 BGH VI ZR 55/62 BGHZ 39, 124 (129 f); VI ZR 16/73 NJW 1974, 1762; VI ZR 68/73 VersR 1974, 1080.

oder eben der Betreiber einer Internetplattform.⁷⁸ Die Tatsache, dass die Identität des Täters dem Verletzten bekannt ist, lässt die Haftung des Forenbetreibers nicht entfallen,⁷⁹ erst recht aber nicht diejenige des Täters. § 13 Abs 6 dTMG, dessen Eingreifen der BGH offen gelassen hat,⁸⁰ steht nicht entgegen; die Norm ist unter verfassungsrechtlichen Aspekten zum Schutz der Persönlichkeit zu korrigieren. Das ist übrigens kein Sonderfall. Auch eine Versteigerung im Internet lässt sich kaum sinnvoll durchführen, wenn der Bieter anonym oder pseudo-anonym verbleibt.⁸¹ Es überzeugt daher auch nicht undifferenziert, dass es mit Art 5 Abs 1 Satz 1 dGG nicht vereinbar sein soll, dass die geäußerte Meinung ihrem Verfasser zugeordnet werden könne.⁸² Zwar kann sich die Presse im Rahmen des Art 5 Abs 1 Satz 2 dGG auf die Verletzung der Meinungsfreiheit anderer berufen⁸³ und es in diesem Zusammenhang gestattet sein, Zuschriften auch anonym abzudrucken.⁸⁴ Doch kann das wiederum nur gelten, wenn die Inhalte als solche rechtmäßig sind. Rechtswidrige Äußerungen stehen nicht unter dem Schutz des Art 5 dGG und können daher nicht an seiner Garantie teilhaben. Eine entsprechende Ausnahme sieht etwa auch § 97 Abs 2 Satz 3, Abs 5 Satz 2 dStPO vor. Man könnte – dürften die Autoren rechtswidriger Inhalte geheim bleiben – nur die Verbreiter in Anspruch nehmen; diese Vorstellung wäre etwa bei einer Zeitung oder auch einer Rundfunksendung kaum überzeugend. Wird der Autor nicht genannt und braucht er auch vom Host-Provider nicht offenbart zu werden, bleibt der Persönlichkeitschutz an einer empfindlichen Stelle lückenhaft. So könnten etwa bereits entstandene Schäden – seien sie materieller Art, seien sie immaterieller Art – nicht liquidiert werden. Wenn die Entschädigung unmittelbar aus dem dGG folgt,⁸⁵ so darf diese Rechtsfolge nicht dadurch unterlaufen werden, dass der Betroffene keine Möglichkeit hat, den Täter ausfindig zu machen.

c. Der BGH erlegt dem Host-Provider eine besondere Überprüfungspflicht auf. Er müsse dem Bewertenden die Beanstandung des betroffenen Arztes übersenden und ihn zur Stellungnahme auffordern. So sei er etwa gehalten, um die – insbesondere zeitliche – Präzisierung des Behandlungskontakts zu bitten – wiederum mit der Möglichkeit des Bewertenden, zur Vermeidung seiner Identifizierung ein größeres Zeitfenster zu nennen.⁸⁶ Reagiere er nicht, so sei das Vorbringen des betroffenen Arztes als zutreffend zu unterstellen und die Löschung vorzunehmen; sei die Auskunft ausreichend und präzisiere der betroffene Arzt dann seinerseits nicht weiter, so habe die Löschung zu unterbleiben.⁸⁷ Das ist in mehrfacher Hinsicht wenig überzeugend. Der Host-Provider wird in eine Rolle gedrängt, wie sie nur dem Richter zusteht. So kann es um komplexe Rechtsfragen gehen. Auch können Umstände des Einzelfalls – etwa das Recht zum Gegenschlag – vorliegen, die erst die Entscheidung ermöglichen. Diese Klärung ist Aufgabe der Judikative und nicht des Host-Providers.

78 BGH VI ZR 101/06 NJW 2007, 2558 (2559) Rz 13.

79 BGH VI ZR 101/06 NJW 2007, 2558 (2559) Rz 13.

80 BGH VI ZR 345/13 BGHZ 201, 380 (383) Rz 8.

81 Jandt/Schaar/Schulz in Roßnagel (Hrsg), Beck'scher Kommentar zum Recht der Telemediendienste (2013) § 13 TMG Rz 122.

82 BGH VI ZR 196/08 BGHZ 181, 328 (341) Rz 38; VI ZR 358/13 BGHZ 202, 242 (256) Rz 41; aM OLG Frankfurt 16 U 125/11 NJW 2012, 2896 (2897); Grabenwarter in Maunz/Dürig (Hrsg), Grundgesetz-Kommentar (2013) Art 5 Rz 86.

83 Grabenwarter in Maunz/Dürig, GG Art 5 Rz 89.

84 BVerfG 1 BvR 1183/90 BVerfGE 95, 28 (36).

85 BGH VI ZR 56/94 BGHZ 128, 1 (15).

86 BGH VI ZR 34/15 BGHZ 209, 139 (153 ff) Rz 37 ff und Rz 43.

87 BGH VI ZR 93/10 BGHZ 191, 219 (227 f) Rz 26 f.

C. Schließlich ist entgegen Zweifeln, die namentlich der OGH gehabt hatte und die ihn zur Vorlage an den EuGH veranlasst hatten,⁸⁸ auch der Access-Provider grundsätzlich verpflichtet, gegen die Störungen einzuschreiten, den Zugang zu sperren⁸⁹ oder zumindest durch ein Passwort zu sichern.⁹⁰ Auch hier ist an Prüfpflichten zu denken.⁹¹ Die weitere Einschränkung, das Verbot gegen den Access-Provider sei nicht zumutbar, wenn der Betroffene nicht vorrangig gegen den Host-Provider vorgegangen sei,⁹² vermag nicht zu überzeugen. Ein Rangverhältnis gibt es bei verschiedenen Störern nicht.⁹³

IV. Besonderheiten des Gerichtsstands

A. Die örtliche und damit auch die internationale Zuständigkeit ergibt sich aus Art 7 Z 2 EuGVVO bzw – soweit es um die Schweiz, Island und Norwegen geht – aus Art 5 LugÜ II. Ansonsten sind die deutschen Gerichte nach § 32 dZPO zuständig. Hier hat der EuGH eine zumindest partiell restriktive Interpretation entwickelt, was die europäischen Normen angeht. Der Kläger kann die Verletzung von Persönlichkeitsrechten, die durch Inhalte auf einer Website hervorgerufen wird, entweder bei dem Gericht des Mitgliedstaates geltend machen, in dem der Urheber dieser Inhalte seine Niederlassung hat,⁹⁴ oder bei den Gerichten des Mitgliedstaates, in dem sich der Mittelpunkt der Interessen des Betroffenen befindet;⁹⁵ dort kann er den gesamten entstandenen Schaden liquidieren. Konsequenterweise darf der Schaden nicht ausschließlich im Hoheitsgebiet eines anderen Staates entstanden sein.⁹⁶ Er kann aber auch in jedem anderen Mitgliedstaat gegen den Verletzer vorgehen; doch sind diese nur zur Entscheidung über denjenigen Schaden zuständig, der im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaates entstanden war.⁹⁷ Diese Regeln werden auch auf Unterlassungsansprüche erstreckt.⁹⁸

B. Das ist wenig überzeugend. Schon die Entstehung der Rsp ist merkwürdig. Die Differenzierung wird nicht näher begründet. Sie widerspricht auch dem allgemeinen Grundsatz, dass jeder Erfolgsort den deliktischen Gerichtsstand hinsichtlich des gesamten Schadens begründet.⁹⁹ Man kommt auch zu dem seltsamen Ergebnis, dass das in Frankreich lebende Opfer in Deutschland

88 OGH 4 Ob 6/12d BeckRS 2012, 15042 = ZUM-RR 2012, 645 ff.

89 EuGH 27. 3. 2014, C-314/12, *UPC Telekabel Wien GmbH/Constantin Film Verleih GmbH ua* Rz 42 ff; I ZR 174/14 BGHZ 208, 82 (101 ff) Rz 45 ff.

90 EuGH 15. 9. 2016, C-484/14, *Mc Fadden/Sony Music* Rz 96.

91 BGH I ZR 174/14 BGHZ 208, 82 (96 f) Rz 32.

92 BGH I ZR 174/14 BGHZ 208, 82 (115 ff) Rz 82 ff.

93 BGH VI ZR 23/72 NJW 1976, 799 (800); VI ZR 169/85 NJW 1986, 2503 (2504); I ZR 56/55 GRUR 1957, 352 (353); *Herrler in Palandt* (Hrsg), BGB⁷⁶ (2017) § 1004 Rz 26; *J. Hager in Staudinger*, BGB (2017) § 823 Rz C 62j.

94 EuGH 25. 10. 2011, C-509/09, *eDate Advertising GmbH/X und martinez/MGN Limited* Rz 42 und Rz 52; BGH I ZR 35/11 NJW 2015, 1690 (1691) Rz 19; I ZR 91/11 NJW 2016, 2335 (2336) Rz 17; VI ZR 678/15 NJW 2017, 827 (829) Rz 18.

95 EuGH 25. 10. 2011, C-509/09, *eDate Advertising* Rz 48 und 52; 28. 1. 2015, C-375/13, *Kolassa/Barclays Bank plc* Rz 50 ff; BGH I ZR 35/11 NJW 2015, 1690 (1691) Rz 19; I ZR 91/11 NJW 2016, 2335 (2336) Rz 17; VI ZR 678/15 NJW 2017, 827 (829) Rz 18.

96 EuGH 10. 6. 2004, C-168/02, *Kronhofer/Maier ua* Rz 21; 28. 1. 2015, C-375/13, *Kolassa/Barclays Bank plc* Rz 49.

97 EuGH 7. 3. 1995, C-68/93, *Shevill ua/Presse Alliance SA* Rz 33; 25. 10. 2011, C-509/09, *eDate Advertising* Rz 51 f; 3. 10. 2013, C-179/12, *Pinckney/KDG Mediatech AG* Rz 47; BGH VI ZR 678/15 NJW 2017, 827 (829) Rz 19; *Hüßtege in Thomas/Putzo*, ZPO³⁸ (2017) Art 7 EuGVVO Rz 30; skeptisch *Stadler in Musielak/Voit* (Hrsg), ZPO¹⁴ (2017) Art 7 EuGVVO Rz 20.

98 EuGH 25. 10. 2011, C-509/09, *eDate Advertising* Rz 35; 1. 10. 2002, C-167/00, *Verein für Konsumenteninformation/Henkel* Rz 48; BGH VI ZR 217/08 NJW 2012, 2197 (2198) Rz 17; I ZR 131/12 NJW 2014, 2504 (2505) Rz 16; VI ZR 678/15 NJW 2017, 827 (829) Rz 19; *Hüßtege in Thomas/Putzo*, ZPO³⁸ Art 7 EuGVVO Rz 30.

99 BGH IX ZR 32/93 BGHZ 124, 237 (245); XII ZR 181/93 BGHZ 132, 105 (111); VI ZR 23/09 BGHZ 184, 313 (316 f) Rz 8; IX ZR 176/10 BGHZ 189, 320 (330) Rz 21; VI ZR 111/10 NJW 2011, 2059 f Rz 7; *Patzina in Rauscher/Krüger* (Hrsg), Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung mit Gerichtsverfassungsgesetz und Nebengesetzen⁵ (2016) § 32 Rz 20; *Roth in Stein/Jonas* (Hrsg), Zivilprozessordnung²³ (2014) § 32 Rz 26.

nur begrenzt den Schaden gegenüber dem in Italien agierenden Täter liquidieren kann. Das wäre anders, wenn der Täter in einem Land außerhalb des Geltungsbereichs der EuGVVO die Persönlichkeit des Opfers verletzt. Gemäß Art 6 Abs 1 EuGVVO ist dann deutsches Recht also § d32 ZPO anwendbar; damit kann in Deutschland der gesamte Schaden eingeklagt werden.¹⁰⁰ Das ist ein wenig plausibles Ergebnis. Das gilt auch – und erst recht – für Unterlassungsansprüche.

V. Zusammenfassung

1. Das dBDSG und das Persönlichkeitsrecht ergänzen sich. Namentlich ist das Persönlichkeitsrecht entgegen der früheren Rsp nicht subsidiär gegenüber dem Datenschutz.
2. Vom Privileg der §§ 7 ff dTMG werden die Provider nicht erfasst, soweit sie entweder die Informationen selbst gefertigt haben oder aber wissen, dass auf ihren Servern rechtswidrige Inhalte liegen bzw dass sie den Zugang zu Servern mit rechtswidrigen Inhalten ermöglichen. § 12 Abs 2 dTMG ist ebenso wie § 13 Abs 6 dTMG zum Schutz der Persönlichkeit entsprechend zu korrigieren; der Internetforenbetreiber ist daher verpflichtet, den Autor des störenden Beitrags zu benennen.
3. Entgegen der Rsp des EuGH sind sowohl Begehungs- als auch Erfolgsort gerichtsstandsbe gründend – ohne Rücksicht darauf, in welchem Staat die Schäden entstanden sind.

100 Vgl zB BGH VI ZR 288/12 NJW-RR 2013, 1448 (1449) Rz 9 (Türkei).